

# Allgemeiner Oberschlesischer Anzeiger.

46<sup>ter</sup>

Jahrgang.



N<sup>o</sup> 72.

1848.

Ratibor, Sonnabend den 9. September.

## Die deutsche Frage.\*)

Zu meiner größten Betrübniß habe ich die Aufregung wahrgenommen, die sich eines großen Theils meiner theuern Mitbürger bemächtigt hat. Der vorzeitig veröffentlichte Entwurf eines Capitels der Reichsverfassung und die gleichzeitige Aufforderung des Reichs-Kriegsministers haben eine Wirkung hervorgerufen, welche so viel gewaltiger ist, als ihre Ursache, daß man diesmal zu glauben versucht sein könnte, die Maus habe einen Berg geboren. Es ist Ihnen gewiß schon längst bekannt, daß jener Entwurf nichts weiter ist, als ein von drei Mitgliedern des Verfassungs-Ausschusses ausgearbeiteter Leitfaden für die Beratungen dieses Ausschusses, der, wie ich höre, bereits einen Theil jener, ihm vorgelegten Bestimmungen beseitigt hat. Und hätte selbst die Mehrheit des Verfassungs-Ausschusses den Entwurf angenommen, so hat die National-Versammlung wohl durch ihr bisheriges Verhalten bewiesen, daß sie sich an die ihr vorgelegten Ausfluß-Anträge nicht eben slavisch gebunden hält. Ueber den Erlaß des Kriegsministers ist die öffentliche Stimme wohl nunmehr hinlänglich aufgeklärt. Ungeschickt in der Form, verlangt er doch nichts weiter, als was er zu verlangen eben so berechtigt, als verpflichtet war — die Bekanntmachung der Wahl des Erzherzogs an das Heer und von Seiten desselben ein Bei-

den der Ehrerbietung und Anerkennung. Der Ausdruck „Huldigung“ ist mehr im gesellschaftlichen, als im staatsrechtlichen Sinn gebraucht — ein Sprachgebrauch, der allerdings in einer Staatschrift nicht gebilligt werden kann. Daß die Männer, die an der Spitze unserer Regierung stehen, den richtigen Sinn herausfinden und den feierlichen Act demgemäß anordnen werden, darüber hege ich nicht den mindesten Zweifel, und es wird nur darauf ankommen, daß man in Berlin nicht durch eigensinniges Beharren auf einem Mißverständnis die so notwendige Verständigung hintertreibe, daß man den Kopf oben und die Augen offen erhalte, um nicht in blindem Eifer Freund und Feind zu verwechseln.

Meinen Sie etwa, verehrter Freund, daß mir das Herz für die Größe und Ehre Preußens weniger warm schlägt, als jenen Wählern und Stürmern, die unser großes Einigungswerk untergraben und bei gelegener Zeit in die Luft sprengen zu können meinen? Wenn Nante fragt — und die Frage zeigt von seinem gesunden Verstande — wofür der olle Friß gelebt hat, so bin ich mit's in der Paulskirche wie im Königl. Rathshaus bewußt, wofür nicht allein der große König, sondern auch der große Kurfürst, wofür das preussische Volk seit zwei Jahrhunderten gelebt hat, sei jenen zwei Jahrhunderten der deutschen Schmach, in deren Verlauf der Vaterlandsfreund nur auf den Blättern der preussischen Geschichte mit Stolz und Veruhigung verweilen mag. Können wir uns leugnen, daß Deutschland von der Klippe, an der Polen scheiterte, nicht allzufern war? Zwei Mächte, die Tüchtigkeit seines Bürgerstandes und die aufstrebende Größe Preußens, haben Deutschland nicht allein von diesem

\*) Da viele unserer Leser die Berliner Zeitungen, in denen das obige, von dem Frankfurter Deputirten für Berlin, Dr. Veit, an den Berliner Stadtverordneten-Vorsteher gerichtete Schreiben abgedruckt ist, nicht erhalten, theilen wir dasselbe, das die vorliegende wichtige Frage von einem unbefangenen Standpunkte ausführlich bespricht und einen gewiß guten Eindruck hervorbringen wird, hier vollständig mit.



Abgrund errettet, sie haben es in diesem Augenblick auf eine Höhe gestellt, auf der es sich so gewiß erhalten wird, als es gewiß ist, daß äußere und innere Feinde ihm diese Stellung mißgönnen. Mitten in der Auflösung des Reichs, von dem, Jahrzehnde vor seinem Ende, gezeugt wurde:

Das liebe heilige römische Reich,

Wie hält's nur noch zusammen?

mittlen in der unseligen Zersplitterung der deutschen Territorien erwuchs in dem Geiste des großen Churfürsten der Gedanke, einen kräftigen deutschen Bundesstaat zu organisiren, der die schmählich vergessenen Pflichten der deutschen Gesamtheit auf die eigenen Schultern zu übernehmen und zunächst sich selbst zu kräftigen habe, um seinem großen Verufe gewachsen zu sein. Dies ist der kurze Inhalt der preussischen Geschichte, und wenn mich die Mißgunst auf böse Flecken hinweist, so ist nicht zu vergessen, daß Völker, wie einzelne Menschen, schwache Stunden haben, wo sie von ihrem bessern Genius verlassen scheinen: wenn aber die Kraft, sich zu ermannen, von einem unvergänglichen Lebensquell Zeugniß giebt, so hat Preußen diese Tugend mit vielen großen und edlen Menschen gemein: es hat sich um so herrlicher und öfter bewährt, als ein zeitweises Versinken in traumähnliche Erschlaffung fast ein Gesetz seiner Lebensentwicklung gewesen zu sein scheint.

(Beschluß folgt in der nächsten Nummer.)

### Constitutioneller Verein zu Ratibor.

Ratibor den 6. September. Ordner Herr Justiz-Rath Klap-  
per. Dr. Wichura beginnt mit der politischen Rundschau. Er faßt zunächst die gegenwärtigen Verhandlungen der Berliner National-Versammlung ins Auge. Vor etwa 4 Wochen bereits habe das Ministerium, insbesondere der Kriegs-Minister von Schreckenstein auf den Beschluß der Versammlung verankert, versprochen, dahin zu wirken, daß auch im Militäre und besonders im Offizier-Corps der Sinn für die neue constitutionelle Verfassung des Vaterlandes immer mehr Eingang finde, es sei jedoch bisher nichts in dieser Hinsicht geschehen, ja das Ministerium scheine von der Erfüllung jenes Versprechens sich jetzt entbinden zu wollen, er (der Redner) könne dies nur tadelnswerth finden, da das Ministerium jedenfalls, wenn es jenem Beschlusse der Versammlung nicht genügen könne oder wolle, abtreten müsse. Er schlägt vor, deshalb ein Mißtrauens-Votum an die Minister zu erlassen. Dr. v. d. Decken meint dagegen, die Nationalversammlung habe nicht Befehle zu ertheilen, welche von dem Ministerium schlechterdings sofort befolgt werden müßten, Vereinbarung der Verfassung mit dem Könige sei ihr Zweck, man könne die Minister deshalb nicht aus ihrer Stellung verdrängen wollen, weil sie abweichende Ansichten legen, wenn dieselben nicht klar und unabweisbar in ihren Handlungen hervortreten.

p. Wichura repliziert hierauf, da die Majorität der Versammlung für seine Ansicht gestimmt und die Minister darauf eingegangen seien, so habe ihnen auch die Pflicht obgelegen, in diesem Sinne zu handeln. v. Zepper behauptet, die Nationalversammlung sei nicht competent, darüber ein Urtheil abzugeben, ob der Kriegeminister in diesem Sinne gehandelt, über Gedanken habe Niemand zu richten, auch stimme er bei, daß die Versammlung in Berlin die Aufgabe habe, die Verfassung zu vereinbaren, und diesen Zweck haben sie allein zu verfolgen. Die Frage in Betreff eines Mißtrauensvotum an die Minister wird hierauf verneint. p. Wichura fährt in seinem Berichte weiter fort. Er spricht über den Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark und tadelt die Bedingungen, unter welchen er geschlossen worden. Besonders sei die Frist von 7 Monaten für Deutschland eine unglückliche, da hierdurch die Zeit verloren gehe, in welcher die deutschen Heere über das Eis ins Herz des feindlichen Landes rücken könnten. v. d. Decken erwiedert, daß grade die Frist von 7 Monaten groß genug sei, damit die Frage über die deutsche Einheit zur Entscheidung komme, komme kein einziges Deutschland zu Stande, so sei es Schade um jeden Tropfen deutschen Blutes, und die Entscheidung sei dann gleichgültig. Erhalten wir unterdessen ein einziges Deutschland, dann werde dieses eine so imposante Stellung einnehmen, daß der Krieg ohne Zweifel zu einem glorreichen Ende geführt werde, wenn er auch erst in 7 Monaten wieder beginne. Zudem habe der Zug eines Heeres über das Eis ins Herz von Dänemark manche strategische Bedenken gegen sich. p. Klappper schließt sich dieser Ansicht an, und meint, ein Waffenstillstand von 7 Monaten sei als eine Einleitung zum Frieden anzusehen. Man habe sicher gute Gründe gehabt, eine so weite Frist zu bestimmen, unterdessen werde Deutschland wahrscheinlich statt der jetzigen provisorischen Centralgewalt eine definitive besitzen, und die Verwickelungen mit Frankreich und andern Staaten würden unterdessen gelöst sein. p. Wichura fährt in seinem Berichte fort, und findet es tadelnswerth, daß die Bürgerwehr unter den Minister des Innern gestellt worden, während sie doch den Zweck habe, die ertungene Freiheit zu schützen, auch werde der Eid, der dem Könige und der Verfassung zu leisten sei, bei vielen Anstoß finden. v. d. Decken und von Zepper treten dieser Ansicht entgegen, letzterer meint, daß die Bürgerwehr doch zu einem Ressort gehören müsse und dies könne nur der Minister des Innern sein, und wenn man es tadelnswerth finde, daß der Minister befugt sei, die Wirksamkeit der Bürgerwehr zeitweise zu suspendiren, so müsse man bedenken, daß dieser Fall nur da eintreten werde, wo die Bürgerwehr sich in Angelegenheiten der Gemeindeordnung oder Justiz einmische. Was den Eid anlangt, so beziehe sich dieser ja auf den constitutionellen König, wo-



durch sich jeder scheinbare Widerspruch von selbst beseitige. Klapper tritt dieser Ansicht bei, erläutert den Sinn des Eides, und zeigt, daß derselbe nur zur Treue gegen den constitutionellen König so lange, als sich dieser in den vom Gesetze vorgeschriebenen Grenzen als exekutive Gewalt bewege, verpflichte.

Wichura verliest hierauf das am 28. August von der Nationalversammlung angenommene Gesetz über den Schutz der persönlichen Freiheit, die deutsche Habeas corpus-Akte, erwähnt kurz der gegenwärtigen Zustände Ungarns und Cretiens, Italiens und der Wallachei und weist endlich auf die Verhandlungen der Nationalversammlung in Wien hin, wo gegenwärtig in Folge des Ueblichen Antrages die wichtigsten Beschlüsse, hinsichtlich der Erbunterthänigkeit und der Lasten, die auf dem Boden ruhen, gefaßt worden sind. Klapper lobt diese Beschlüsse, und hält es für gerecht, daß die persönlichen Lasten aufhören, die Meallasten aber gegen billige Entschädigung abgelöst werden. Hierauf spricht Direktor Mehlhorn über die Schulfrage. Er meint, der Grundsatz der Freiheit des Unterrichtes, wonach jeder unterrichten dürfe, könne nur nachtheilig wirken, und auch das Amendement, daß Fähigkeit und Sittlichkeit von demjenigen, der als Lehrer auftreten wolle, nachgewiesen werden müßten, genüge nicht. Es müsse vielmehr, um Mißbrauch zu verhüten, jeder Lehrer eine Staatsprüfung bestehen. Die Versammlung solle daher in diesem Sinne ihr Votum an den schließlichen constitutionellen Centralverein richten.

Heide erklärt sich dagegen, da die Schulfrage selbst in den Vorberathungen noch nicht zur Reife gediehen sei, um darin ein bestimmtes Votum abgeben zu können. Auch Dr. v. v. Decken ist gegen den Antrag und begründet seine Ansicht dadurch, daß er zu zeigen sucht, wie die jetzigen Schulen keineswegs das seien, was sie sein sollten. Schon der Befehl, daß das Kind nach vollendetem 5 Jahre die Schule besuchen solle, sei zu tadeln, noch mehr der Unterricht selber, der gegenwärtig mehr ein Abrichten und Dressiren zu bestimmten Zwecken, als eine freie Entwicklung des Menschengesistes und seiner Anlagen genannt werden müsse. Grade hier sei die größtmögliche Freiheit wünschenswerth. Mehlhorn verwahrt sich dagegen und sagt unter andern, daß die Männer in Frankfurt und Berlin doch wohl ein Zeugniß dafür ablegten, daß unsere Schulen nicht jene Dressiranstalten seien, denn sie seien in unsern Schulen gebildet worden.

Hierauf giebt Oberlehrer Klapper aus Aachen ein Bild des Zustandes der Schulen im westlichen Deutschland, und spricht sich mit Gründen für allgemeine Unterrichtsfreiheit aus. Der Staat müsse allerdings Volksschulen haben, in welchen der nöthige Unterricht unentgeltlich ertheilt werde, aber neben diesen mögen immerhin Privatschulen bestehen, in diese werde

Niemand seine Kinder schicken, wenn des Lehrers Fähigkeit nicht erprobt sei, diese Fähigkeit aber erprobe sich durch die Praxis. Er zeigte hierauf, wie der Preuß. Staat um das Schulwesen in der Rheinprovinz sich große Verdienste erworben, wie aber auch jetzt noch besondere Reformen wünschenswerth seien. Besonders sei der Unterricht in den Naturwissenschaften bisher sehr mangelhaft gewesen, weil es an geeigneten Lehrern hierzu gefehlt habe - hierin müsse eine Verbesserung eintreten, auch müsse der Unterricht in den lebenden Sprachen, besonders in der französischen umfassender betrieben werden.

Zum Schlusse zeigte Heide die Eingänge aus Frankfurt an, und theilte mit, daß sich die dortige Reichsversammlung gegenwärtig durch eine Reihe von Sitzungen mit der Frage über die Religionsfreiheit beschäftige, und daß dieser Gegenstand dort von den verschiedensten Standpunkten aus behandelt werde. Auf den Wunsch der Versammlung las er die Rede des Abgeordneten Zittel über diesen Gegenstand. Nach 10 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

## Der Vorstand.

## K a l e s.

### Polizeiliche Bekanntmachung.

Im Monat September 1848 liefern nach den Selbst-Taxen  
Semmel für 6 Pf.: Bäckermeister Paliga 9 ¼ Lth.

Besta, Bedronka, Friedländer,	
Gawenda, Kaluscha,	
Konsalik, Skirbut, Schle-	
sigka, Lach, Thies, Zwi-	
gina	9 —
Mohr	8 ½ —
Vorzugsky, Oppawsky	8 —
Pohl	7 —

Erste Sorte Brod für 2 Lr: Bäckermeister Bedronka 2 R 10 Lth.

Paliga	2 — 9 —
Lach	2 — 6 —
Konsalik, Zwi-	2 — 4 —
gina	2 — 3 —
Mohr	2 — 2 —
Oppawsky	2 — 2 —
Besta, Vorzugsky, Gawenda,	
Thies	2 — 1 —
Kaluscha, Skirbut, Schle-	
sigka	1 — 30 —
Pohl	1 — 28 —

Mittel-Sorte Brod für 2 Lr: Bäckermeister Friedländer 3 —

Oppawsky	2 — 22 —
Zwizgina	2 — 15 —



Vorzukth, Kalusch, Skir-

hut 2 & 12 Stk.

Besta, Gawenda, Flach 2 — 8 —

Mohr 2 — 7 —

Schwarz-Brod für 2 Sgr. Bäckermeister Thies 4 — —

Schlepißka 3 — 18 —

Gawenda 3 — 16 —

Das 2 Rindfleisch verkaufen sämtliche Fleischer mit 3 Sgr. = 03.

Kesser und Anton Lorenz mit 2 — 9 —

= Schweinefleisch mit 5 — —

= abgelsset mit 4 — —

Schöpfenfleisch mit 3 — —

= Kalbfleisch mit 3, 2 1/2, 2 und 1 1/2 Sgr.

Katibor den 5. September 1848.

Der Magistrat. (Polizei-Verwaltung.)

### Polizeiliche Nachrichten.

Am 22. v. Mts. ist an dem Hospital in der Obervorstadt ein brauner sogenannter Gorallen-Mantel gefunden und im hiesigen Polizei-Bureau abgegeben worden.

Nachweis.

Im Monat August d. J. fand auf der Wilhelms-Bahn folgende Frequenz statt.

Es wurden befördert:

7015 Personen für 3349 Rthl. 15 Sgr. = 03.

Gepäck für 265 — 1 — 9 —

Hunde für 7 — 2 — 6 —

Pferde und andere Thiere für 180 — 20 — —

Equipagen für 25 — 20 — —

19870 G. Fracht für 2258 — 14 — 10 —

Gesammt-Einnahme 6086 Rthl. 14 Sgr. 1 03.

### Markt-Preis der Stadt Ratibor

vom 7. September 1848:

Weizen: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 17 sgr. 6 pf. bis 2 rthl. 1 sgr. 6 pf.  
 Roggen: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 5 sgr. 6 pf. bis 1 rthl. 12 sgr. 6 pf.  
 Gerste: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 22 sgr. 6 pf. bis 1 rthl. 23 sgr. 6 pf.  
 Erbsen: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 2 sgr. 6 pf. bis 1 rthl. 7 sgr. 6 pf.  
 Hafer: der Preuß. Scheffel 1 rthl. 14 sgr. 6 pf. bis 1 rthl. 16 sgr. 6 pf.  
 Stroh: das Schock 2 rthl. 15 sgr. bis 2 rthl. 20 sgr.  
 Heu: der Centner 1 rthl. 12 sgr. bis 1 rthl. 15 sgr.  
 Butter: das Quart 12 bis 14 sgr.  
 Eier 5—6 für 1 sgr.

Verlegt und redigirt unter Verantwortlichkeit der Hirtichen Buchhandlung in Ratibor.

Druck von Bögner's Erben

## Allgemeiner Anzeiger.

### Verkauf.

In den Werdern des Dominii Preukisch = Oderberg sind circa 800 Schock Keisenstöcke zu billigen Preise zu verkaufen.

So eben ist erschienen und durch die Hirtische Buchhandlung in Ratibor zu beziehen:

Deutscher

Volks-Kalender

für

1849.

Mit Beiträgen

von

Fr. Gerstäcker, Franz Hoffmann, G. v. Holtei, Dr. H. Kletke, Max Ring, W. Scharenberg, J. Stein, R. J. W.

Wander etc.

5. Jahrgang.

Mit 8 Stahlstichen.

(Potsdam, Verlag von Ed. Treventz.)

Preis: 12 1/2 Sgr.

So eben ist erschienen und durch die Hirtische Buchhandlung in Ratibor zu beziehen:

## Kalender

für

Juristen, Kaufleute, Dekonomen und sonstige Geschäftsmänner

auf

das Jahr 1849

nebst

dem alt-preussischen, rheinländischen und Hamburger Wechselrechte.

Herausgegeben

von

Ferdinand Fischer,

Justiz-Kommissar.

(Verlag von Frommisch & Sohn in Frankfurt a. d. O.)

Preis: 22 1/2 Sgr.

### Bekanntmachung.

Die Benutzung des hiesigen Schießhauses sammt Garten-Acker soll auf 3 oder mehrere Jahre vom 1. Oktober d. J. ab, an den Meist- und Best-Bietenden verpachtet werden. Hierzu steht am 13. Sepbr. c. Nachm. 4 Uhr Termin in unserem Commissions-Zimmer an, und können Nachkustige die nähern Bedingungen, während der Amtsstunden, in unserer Registratur erfahren.

Ratibor den 29. August 1848.

Der Magistrat.

### Auktion.

In Folge Auftrages des hiesigen königlichen Land- und Stadtgerichts werde ich

den 22. September d. J.

3. M. 9 Uhr

in dem auf der neuen Gasse hieselbst belegenen Sterbehause der unversehrlichen Alrike Stöckel mehrere Nachlassgegenstände, als Meubles — worunter ein Mahagoniflügel — und Betten an den Meistbietenden gegen sofortige Bezahlung öffentlich verkaufen.

Hierzu lade ich Kauflustige ein.

Ratibor den 6. September 1848.

Gaiowski,

Actuarius.